



NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krebs



Gelingen: Wir setzen auf vorausschauende Zukunftsinvestitionen



Mehr als 170.000 Schutzsuchende hat NRW seit Januar aufgenommen. Die menschenwürdige Versorgung und Betreuung verlangen von uns große Anstrengungen und hohe Ausgaben. Aber Menschen, die vor Fassbomben und Mörderbanden Schutz suchen, sind weder eine Katastrophe noch eine Bedrohung für unseren Staat. Deshalb sind wir auch gegen Transitzonen, wie aus Kreisen der Unionsparteien vorgeschlagen. Vielmehr haben wir mit den "Einreisezentren" ein praktikables Konzept vorgelegt, mit dem wir mehr Ordnung, Struktur und Geschwindigkeit in die Asylverfahren bringen wollen. Damit entstehen auch Pflichten für die asylsuchenden Menschen, jedoch ohne in die Unmenschlichkeit von Inhaftierungsanstalten in Transitzonen abzugleiten.

Allerdings wird nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben können. Deshalb führen wir auch immer wieder Menschen in ihre Heimat zurück. Es gibt kein Land, das mehr Rückführungen vornimmt als Nordrhein-Westfalen - auch nicht Bayern. Wir werden die Anzahl der Rückführungen aber nur dann deutlich steigern können, wenn das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) endlich in die Lage versetzt wird, die Asylverfahren deutlich schneller abzuwickeln.

Doch wir wollen noch mehr für NRW erreichen, neben dem Gelingen der Flüchtlingspolitik: Es kommt jetzt darauf an, dass wir drängende Zukunftsinvestitionen nicht länger aufschieben.

Wir müssen jetzt investieren und wir müssen genug investieren.

Nie war eine vorbeugende Investitionspolitik wichtiger und richtiger als heute. Nordrhein-Westfalen ist das Pionierland einer vorbeugenden Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik. Kein Bundesland wird 2016 mehr Geld für Schulen, Kitas, Wohnungen, Sprachkurse und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration ausgeben als Nordrhein-Westfalen.

Dabei sind die jetzt ankommenden Flüchtlinge nur der Anlass, nicht der Grund für vorausschauende Investitionen. Denn alle Menschen in unserem Land brauchen Arbeit, Bildung und bezahlbare Wohnungen. Und es gibt immer noch zu viele, die von alledem zu wenig haben. Diese Menschen müssen die ersten sein, die von einem Zukunftsprogramm profitieren, das jetzt auf den Weg gebracht werden muss. Von seiner Verwirklichung wird es abhängen, ob wir in zehn Jahren ein stärkeres Land sein werden oder eben nicht. Wir setzen uns jedenfalls dafür ein - für alle Menschen in NRW.

Gerechnet: Finanzielle Belastung der Kommunen lindern



Der Bundesgesetzgeber sichert seit 2011 die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen über das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ab. Dadurch haben die Heranwachsenden einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen - zum Beispiel bei Tagesausflügen oder Mittagessen in Schule und Kita, bei Musik, Sport und in Vereinen. Das Bildungspaket unterstützt dabei insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Sozialhilfe erhalten oder deren Eltern den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen.

In Nordrhein-Westfalen entscheiden die kommunalen Träger über die Handhabung und Leistungsgewährung. Problematisch ist, dass sich aufgrund der aktuellen bundesgesetzlichen Regelung erhebliche Fehlbeträge zwischen den vom Bundesgeld und den tatsächlichen Ausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen ergeben. Diese Differenzen müssen die kommunalen Träger selbst tragen. Laut Bericht der Landesregierung im August 2015 (Vorlage 16/3166) sind die Ausgaben für das BuT in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 um 15,7 Millionen Euro beziehungsweise zwölf Prozent gegenüber 2013 gestiegen. Die Ausgaben der Kommunen für Bildungs- und Teilhabeleistungen betragen rund 151,6 Millionen Euro, wovon jedoch nur 142 Millionen Euro durch den Bund erstattet wurden. Wie bereits im Vorjahr mussten die kommunalen Träger auch 2014 fast zehn Millionen Euro ihrer Ausgaben aus eigenen Mitteln bestreiten.

Um diese finanzielle Belastung für die Kommunen zu lindern, haben die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen jetzt einen gemeinsamen Antrag formuliert. Beide Fraktionen fordern die Landesregierung darin auf, sich auf Bundesebene für eine auskömmliche Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Bund einzusetzen. Damit setzen SPD und Grüne ein wichtiges Signal im Hinblick auf eine weitere Entlastung der kommunalen Haushalte.

Gehandelt: Stärkung des Einzelhandels in NRW



Die Konkurrenz aus dem Netz, aber auch der demografische Wandel setzen den Einzelhandel vor Ort unter Druck. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher haben beide Verkaufskanäle Vorteile. Auch der Handel kann von der Verknüpfung beider Absatzwege profitieren. Wie solche Multi-Channel-Vertriebswege erfolgreich funktionieren, zeigt unter anderem das Projekt "Online City" in Wuppertal. Dort vermarkten Einzelhändler ihre Angebote zusammen, Kundinnen und Kunden können beispielsweise eine

zentrale Versand- und Rückgabestelle nutzen. Die Fraktionen von Grünen und SPD brachten am Mittwoch einen Antrag in das Plenum ein, in dem sie die Landesregierung beauftragen, in jedem der fünf Regierungsbezirke ein solches Verknüpfungprojekt durchzuführen. Eine solche Verknüpfung erhält die Wettbewerbsfähigkeit und die Angebotsvielfalt in den Innenstädten sowie die Versorgungssicherheit in den ländlichen Räumen. Die Modellprojekte sind nicht nur ein Anschlag zur Wirtschaftsförderung, sondern zugleich ein Ansporn zur Qualifizierung des inhabergeführten Einzelhandels in unseren Städten, um die Wettbewerbs- und letztlich Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem wachsenden Online-Handel zu sichern.

Drucksache [16/10072](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Geändert: Verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik



Am Mittwoch hat der Landtag über den vierten Nachtragshaushalt für 2015 beraten. Die Landesregierung will damit den veranschlagten Beitrag zum Pensionsfonds für 2016 von 635 Millionen Euro bereits in diesem Jahr einzahlen. Das 2016 so frei werdende Geld soll einen Teil der Mehrkosten für Asylsuchende im kommenden Jahr auffangen. Das ist verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Drucksache [16/10082](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung), [16/10083](#) (Gesetz der Landesregierung)

Gerüstet: Reform der Lehrerbildung in NRW

Die Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen soll weiterentwickelt werden, um sie auf die künftigen Herausforderungen auszurichten. Denn auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an. Professionell ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen sind eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Bildungsarbeit in den Schulen. Ihre wichtigsten Herausforderungen sind die Inklusion, der Umgang mit der Vielfalt im Klassenzimmer sowie das Lehren und Lernen mit digitalen Medien.

Künftige Lehrerinnen und Lehrer, unabhängig von der angestrebten Schulform und Schulstufe, werden sonderpädagogische Basiskompetenzen verbindlich vorgeschrieben. Damit werden neue und erweiterte Anforderungen an den Lehrerberuf umgesetzt, die die Kultusministerkonferenz 2014 für die Bildungs- und Erziehungswissenschaften

sowie für die Fachdidaktiken der Unterrichtsfächer beschlossen hatte.

Mit der Weiterentwicklung der Lehrerausbildung werden wir zudem die Weichen für eine verbindliche Ausbildung aller Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter im Bereich der digitalen Medien stellen.

Wir wollen die Stufung des Lehramtsstudiums in Bachelor- und Masterstudiengänge nutzen, um Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen den Zugang zum Lehramt an Berufskollegs zu erleichtern. Die Praxiselemente werden nachjustiert: Das Eignungspraktikum und das Orientierungspraktikum werden nun zu einer Einheit - zu einem neuen, 25-tägigen Eignungs- und Orientierungspraktikum - zusammengeführt.

Drucksache [16/9887](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung)

Bebauen: Landesplanung transparenter und schneller

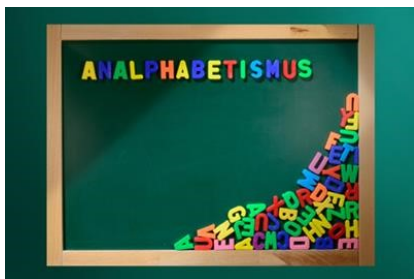


Der Ausbau einer hochleistungsfähigen Breitbandinfrastruktur ist mittlerweile eine Frage gesellschaftlicher Daseinsvorsorge und eine zentrale Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung. In den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens ist eine gute Internetanbindung bereits heute eine soziale und demografische Überlebensfrage. Die Betriebe der mittelständischen Wirtschaft sind auf eine schnelle Datenverbindung angewiesen. Ganz besonders Gewerbebetriebe brauchen schnellstmöglich eine hochleistungsfähige Infrastruktur, um dem rapide zunehmenden Bedarf an zu transportierenden Datenmengen zu entsprechen. Neben den bereits zugesagten 70 Millionen Euro zur Förderung von Internetanschlüssen in den ländlichen Räumen werden 135 Millionen Euro aus den Frequenzerlösen der Digitalen Dividende II vollständig für den Breitbandausbau, insbesondere auch für den hochleistungsfähigen Anschluss für Gewerbegebiete, zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat sich die Landesregierung festgelegt, eine Kofinanzierung für alle im Bundesprogramm erfolgreichen kommunalen Förderanträge bereitzustellen.

Bis 2018 steht somit etwa eine halbe Milliarde Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung. Diese Anstrengungen sind unter anderem eingebettet in die umfassende Strategie „Digitale Wirtschaft NRW“, die seit Sommer vorliegt. Die erneute Aufstockung der Mittel macht deutlich: die Landesregierung erhöht weiter das Tempo beim Breitbandausbau in NRW.

Drucksache [16/10128](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Gebildet: Mit guter Grundbildung gegen Analphabetismus



In Nordrhein-Westfalen gelten schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen als funktionale Analphabeten. Diese Menschen scheitern daran, ganze Sätze zu lesen und deren Inhalt zu erfassen. Um diese Lebenssituationen nachhaltig zu verbessern, müssen Alphabetisierung und Grundbildung dauerhaft in unserem Verständnis einer breit gefassten Weiterbildung verankert werden. Dabei ist Grundbildung mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen. Es gilt, diese Fertigkeiten mit Alltagskompetenzen und einem Demokratieverständnis zu verbinden. Begründung: Ohne Grundbildung sind Menschen weitgehend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Nachdem bereits Anfang 2014 ein erster Antrag zur Bekämpfung von Analphabetismus verabschiedet wurde, möchte der Landtag nun, auch im Hinblick auf die bevorstehenden Herausforderungen durch die zu uns kommenden Flüchtlinge, einen nächsten Schritt gehen und eine Grundbildungsoffensive anstoßen, die über Maßnahmen zur Alphabetisierung hinausgeht. Am Donnerstag wurde über den neuen Antrag debattiert, der fraktionsübergreifend von allen von im Landtag vertretenen Fraktionen unterstützt wird.

Drucksache [16/10074](#) (Antrag alle fünf Fraktionen im Landtag NRW)

Gelebt: Benelux-Zusammenarbeit - wichtig für NRW!



Nordrhein-Westfalen bildet zusammen mit seinen Nachbarländern Niederlande, Belgien und Luxemburg eine hinsichtlich Wirtschaftskraft, Interaktionsdichte und kultureller Vielfalt einzigartige europäische Gesamtregion. In dieser leben etwa 45 Millionen Menschen auf einer Fläche von gut 100.000 Quadratkilometer. Die Gesamtregion erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt von fast 1,6 Billionen Euro im Jahr. Die Fraktionen von SPD und Grünen bringen mit einem Antrag zum Ausdruck, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für unser Land ist und macht deutlich, dass die Bilanz der Benelux-Zusammenarbeit vorzeigbar ist. Diese soll im Ausschuss für Europa und Eine Welt vorgestellt werden. Der Antrag verweist aber auch darauf, dass noch Verbesserungen möglich sind: Hierbei stehen eine Optimierung der grenzüberschreitenden Arbeitsmobilität und auch eine Notfallversorgung im Vordergrund. Am Donnerstag wurde der Antrag in das Plenum eingebracht.

Drucksache [16/10075](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Fotonachweiß

Asyl/Flucht: Urheber: Lydia Geissler - www.fotolia.com
Schulesen: Urheber: Oksana Kuzmina - www.fotolia.com
Online-Shopping: Urheber: stockpics - www.fotolia.com
Haushalt: Urheber: M. Schuppich - www.fotolia.com
Breitband: Urheber: eyetronic - www.fotolia.com
Analphabetismus: Urheber: pholidito - www.fotolia.com
Benelux: Urheber: Jackin - www.fotolia.com

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0